

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Rat
vom: 19.08.2015

10. Sitzungsperiode / 09. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:08 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Herr Robert Bratus
3. Herr Frank Engbers
4. Herr Hermann-Josef Frieling (bis TOP I.10.6. einschl.)
5. Herr Heinrich Icking
6. Herr Alois Kahmen
7. Frau Elisabeth Nienhaus
8. Herr Günter Osterholt
9. Herr Andreas Peek
10. Herr Ingo Plewa
11. Herr Michael Schichel
12. Frau Christel Sicking
13. Herr Günter Bergup
14. Frau Karin Schmittmann
15. Herr Ludger Rotz
16. Herr Hans Brüning (bis TOP I.7. einschl.)
17. Frau Rita Penno
18. Frau Barbara Seidensticker-Beining
19. Herr Rolf Stödtke
20. Herr Jörg Schlechter
21. Herr Josef Schleif
22. Herr Maik van de Sand

II. Entschuldigt:

1. Frau Maria Bone-Hedwig
2. Herr Wilhelm Hövel
3. Herr Karlheinz Lüdiger
4. Herr Jörg Battefeld
5. Herr Klemens Lüdiger

III. Verwaltung:

1. AL 10 -Herr Werner Stödtke
2. AL 20 -Herr Martin Wilmers
3. AL 60 -Herr Dirk Vahlmann
4. Schriftführerin Eva Mensing

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Diese Situation stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Der **BM** ist sich sicher, dass diese Situation gemeistert werden wird. Insbesondere Vereine müssen angesprochen werden, um Lösungen zu finden, damit der Freizeitsport, Wettkämpfe u.a. mit zumutbaren Einschränkungen weiter durchgeführt werden können. Der **BM** geht davon aus, dass bereits feststehende Veranstaltungen ab April 2016, wie zum Beispiel der Grenzlandwettstreit des Spielmannszuges, durchgeführt werden können.

Mit der Frau RVP Feller wurde abgesprochen, am 26.08.2015 eine Bürgerversammlung in der Jakobihalle durchzuführen, bei der sich die Bürger über den weiteren Ablauf informieren können. Wichtig sei, so der **BM**, die Bevölkerung mit einzubeziehen, um Akzeptanz zu schaffen.

Die Jakobihalle wird mit einem Schonboden und weiteren, notwendigen Einbauten versehen. Der Seiteneingang (Rettungsweg) wird der Eingangsbereich, der Haupteingang wird als Fluchtweg gehalten, optisch wird sich am äußeren Erscheinungsbild der Jakobihalle wenig verändern. Die Anforderungen für die Betreuungsleistungen werden durch den DRK Kreisverband Borken geprüft und umgesetzt. Der **BM** teilt weiter mit, dass er nach seinen Möglichkeiten dafür Sorge trägt, dass die Einschränkungen für die Bevölkerung so gering wie möglich gehalten werden. Betont wird, dass es sich um eine Notunterkunft handelt.

Der Arbeitskreis gegen Rechts und die Integrationshelfer leisten bereits in den dezentralen Einrichtungen gute Hilfe für die der Gemeinde Südlohn konkret zugewiesenen Asylsuchenden. Auch insoweit darf mit Unterstützung gerechnet werden.

Fragen seitens der Ratsmitglieder wurden von der Verwaltung beantwortet, wie nachfolgend beschrieben.

Zurzeit sind 74 Asylsuchende der Gemeinde Südlohn zugewiesen, die dezentral untergebracht wurden; 5 kommen noch hinzu.

Auf Nachfrage teilt der **BM** mit, dass die Zahl der Flüchtlinge in Notunterkünften auf die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlingen angerechnet wird.

Nach dem sogenannten "Königsteiner Schlüssel" wird festgelegt, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Dies richtet sich nach Steuereinnahmen (2/3 Anteil bei der Bewertung) und der Bevölkerungszahl (1/3 Anteil bei der Bewertung). Die Quote wird jährlich neu ermittelt. Im Jahr 2015 hat NRW die höchste Quote (21,21 %) Asylsuchende aufzunehmen).

Ergänzend teilt der **BM** mit, dass sowohl der Rat als auch die Bevölkerung über die Entwicklung informiert werden. Dies wird auch Thema in der nächsten Sitzung des Rates am 21.10.2015 sein.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 4.: 250 Jahre Grenzvertrag
Sitzungsvorlage-Nr.: 73/2015

Beschluss: **Einstimmig**

Die Gemeinde Südlohn nimmt an dem grenzüberschreitenden Gemeinschaftsprojekt „250 Jahre Grenze – Burloer Konvention“ teil.

Zur Finanzierung des Projektes wird hierfür ein finanzieller Betrag von max. 3.750,00 €, verteilt auf zwei Haushaltsjahre, zur Verfügung gestellt, jedoch unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beitrages aller teilnehmenden deutschen und niederländischen Kommunen.

TOP 5.: Aktueller Finanzausgabenbericht
Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Die derzeitige finanzielle Situation der Gemeinde Südlohn wird vom Kämmerer eingehend dargestellt und erläutert.

Anhand von verschiedenen Aufstellungen, die den Ratsmitgliedern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden sollen, werden die Abweichungen vom Haushaltsplan 2015 dargestellt. Diese befinden sich hauptsächlich im Bereich der Steuern und Abgaben. Hier liegt der derzeitige Stand um mehr als 800 TEUR gegenüber dem Haushaltsansatz zurück. Grund hierfür ist die schlechte Entwicklung bei der Gewerbesteuer, die auch über das 2. Quartal angehalten hat. In verschiedenen anderen Bereichen, die ebenfalls noch eine gravierende Abweichung gegenüber dem Haushaltsplan zeigen, werden sich die Zahlen zum Jahresende verbessern, da es sich zumeist um kalkulatorische Abschlussbuchungen wie Auflösung von Sonderposten und Buchung von kalkulatorischer Verzinsung im Abwasserbereich handelt.

Bei den Personalaufwendungen wird voraussichtlich aufgrund von Einsparungen ein nicht unerheblicher Betrag zur Verbesserung der Haushaltssituation beitragen.

Die finanzielle Situation im Asylbereich ist derzeit noch ausgeglichen. Eine Hochrechnung bis zum Jahresende zeigt, dass die Haushaltsansätze auskömmlich sind. Gerechnet wurde dabei, dass in der Jakobihalle Flüchtlinge untergebracht werden und so weitere Einzelzuweisungen an die Gemeinde, die durch den gemeindlichen Haushalt zu finanzieren wären, nicht mehr erfolgen.

Zur Finanzierung der Notunterkunft in der Jakobi-Halle wird ein separater Buchungsbereich im Kultur- und Freizeitbetrieb (KFB) eingerichtet, da die Halle hier wirtschaftlich zugeordnet ist. Aufgrund der hohen Kosten (ca. 150 - 200 TEUR je Monat) und der Tatsache, dass die Gemeinde eine Vorfinanzierung vornehmen muss, ist der Erlass einer Nachtragssatzung für den KFB erforderlich. Sie soll bis zum 21.10.2015 erarbeitet und in einer der Ratssitzung vorgeschalteten Sitzung des Betriebsausschusses verabschiedet werden. In der anschließenden Ratssitzung kann die abschließende Verabschiedung erfolgen.

Bezüglich der Situation im gemeindlichen Haushalt teilt der Kämmerer mit, dass ab dem 12.08.2015 weitere Haushaltssperren eingerichtet worden sind, die mit den Abteilungsleitern der Verwaltung besprochen wurden. Insgesamt führen diese dazu, dass Haushaltsverbesserungen durch den Ausgabebereich in der Größenordnung von 556 TEUR zu verzeichnen sein werden. Sie dienen dazu, das erwartete Defizit weiter einzugrenzen.

In einem Ausblick auf das Haushaltsjahr 2016 teilt der Kämmerer mit, dass nach der ersten Proberechnung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 die Gemeinde mit einer Schlüsselzuweisung in Höhe von 168 TEUR rechnen kann. Dies führt ebenfalls dazu, dass die Gemeinde im kommenden Haushaltsjahr nicht in den Solidarpakt Stadtfinanzen einzahlen muss. Hierfür waren in der mittelfristigen Finanzplanung schon 52 TEUR vorgesehen worden, sodass insgesamt schon eine Verbesserung in Höhe von 220 TEUR entstehen wird. Dies soll vorrangig zur Schuldenvermeidung bzw. -reduzierung eingesetzt werden.

Fragen aus der Mitte des Rates wurden ausführlich beantwortet.

Beschluss: -/-

TOP 6.: Antrag der UWG-Fraktion vom 30.06.2015 betr. Verabschiedung einer Nachhaltigkeitssatzung ab dem Haushaltsjahr 2016

Sitzungsvorlage-Nr.: 74/2015

(RM Herr Brüning ist während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Die **UWG-Fraktion** erklärt ihren Antrag. Für sie sei es wichtig, dass keine Neuverschuldung zugelassen wird. Dies sei oberstes Kriterium. Außerdem könnten weitere Punkte im Rahmen der Generationengerechtigkeit eingearbeitet werden. Da es keine rechtlichen Vorgaben gibt, sei die Wirksamkeit der Satzung nur gegeben, wenn alle mitarbeiten.

Die Nachhaltigkeitssatzung ist eine freiwillige Selbstbeschränkung, die im Falle der Dringlichkeit ausgesetzt werden kann, so der **BM**.

Die **CDU-Fraktion** sieht diese Satzung als nicht notwendig an, denn das Ziel kann auch durch die Arbeit im Haupt- und Finanzausschuss erreicht werden.

Auf Nachfrage von **RM Herrn Plewa** teilt der **Kämmerer** mit, dass eine Haushaltsvorlage nach Maßgabe einer solchen Satzung durchaus möglich wäre; notwendige Investitionen werden dann in einer separaten Vorlage dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Die **Grüne Fraktion** ist der Ansicht, dass eine Nachhaltigkeitssatzung nicht notwendig sei. In den Haushaltsberatungen würde bereits ausreichend über die Ausgaben diskutiert und beschlossen. Wenn eine Satzung erforderlich sei, wäre in der Vergangenheit nicht richtig verfahren worden. Die Fraktion spricht die Zweipoligkeit in der Gemeinde an, wo ihrer Meinung nach Einsparpotential bestünde.

Die **SPD-Fraktion** ist auch gegen eine Nachhaltigkeitssatzung. Alles sei schon geregelt und man solle sich nicht mit einer Satzung belasten.

RM Herr Schlechter, FDP, ist auch gegen eine Nachhaltigkeitssatzung, gerade im Bereich der Investitionen würde ein Stau entstehen.

Die **UWG-Fraktion** möchte ihren Antrag aufrechterhalten. Es solle generationsgerecht entschieden werden. Notwendige Dinge werden dadurch nicht zwangsläufig abgelehnt, so die Fraktion.

Beschluss:

3 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Nachhaltigkeitssatzung zu erarbeiten, die ab dem Haushaltsjahr 2016 greift.

Als wesentlicher Bestandteil dieser Satzung wird die Begrenzung der Nettoneuverschuldung verankert.

Somit ist der Antrag abgelehnt.

TOP 7.: Widmung von Gemeindestraßen in den Ortsteilen Südlohn und Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: 78/2015

(RM Frau Penno ist während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Beschluss: **Einstimmig**

Die Straßen

- Bomkampstegge
- Bonhoefferstraße
- Böwingkamp
- Daimlerstraße
- Don-Bosco-Straße
- Eschke
- Feldstegge
- Flassbree
- Geschwister-Scholl-Straße
- Goardenbree
- Heidkämpken
- Krügerstraße im Bereich der Straßenflächen Gem. Oeding, Flur 5, Parz. 755 u. 756
- Mölleringstraße
- Passkamp
- Pröbstingstraße
- Reuken im Bereich der Straßenflächen Gem. Südlohn, Flur 20, Parz. 152 u. 153
- Rosenstraße im Bereich der HS. Nr. 43 bis zur „Alten Stadtlohner Str.“
- Von-Galen-Straße
- Weseker Weg im Bereich der Straßenflächen Gem. Südlohn, Flur 24, Parz. 570 u. 645
- Wiesken

sind dem öffentlichen Verkehr als „Gemeindestraßen“ zu widmen.

noch die aus kommunaler Sicht zentralen Gestaltungen der kostenbildenden Merkmale (erwartete Kostenpauschale der Kassen einerseits und Leistungsausschlusskatalog andererseits).

Das ausführliche Schreiben wird der Niederschrift beigelegt.

Beschluss: -/-

10.2.: Schiefergasförderung in den Niederlanden

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass das Ministerium für Wirtschaft, Den Haag, Niederlande, in einem Schreiben der Gemeinde mitgeteilt hat, dass der Kabinettsbeschluss zur Schiefergasförderung in den Niederlanden veröffentlicht wurde. Die Gemeinde Südlohn hat im Sommer letzten Jahres eine Stellungnahme zum „Entwurf zum Bericht über Reichweite und Detaillierung von Schiefergas“ eingereicht.

Das Kabinett hat bekanntgegeben, dass in dieser Legislaturperiode keine Schiefergasbohrungen stattfinden werden. In den nächsten fünf Jahren wird es in den Niederlanden nicht zu einer kommerziellen Exploration und Förderung von Schiefergas kommen. Die Genehmigungen für die Exploration von Schiefergasvorkommen werden daher nicht verlängert. Ende dieses Jahres wird das Kabinett vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Energieversorgung entscheiden, ob es wünschenswert ist, die Schiefergasförderung in den Niederlanden weiterhin als Option beizubehalten.

Beschluss: -/-

10.3.: Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 54 "Gewerbe- und Industriegebiet Pingelerhook III"; Anbindung an die B 70

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass die Anlegung eines Kreisverkehrsplatzes zur Anbindung an das geplante Gewerbegebiet und eine finanzielle Beteiligung ausgeschlossen seien. Dies geht aus einem Schreiben des Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Münsterland, vom 25.06.2015 hervor. Begründet wird dies damit, dass die Belastungsmarke der verknüpften Straßen nicht ausreiche (die Verkehrsstärke in den schwächer belasteten Knotenpunktzufahrten sollte bei vierarmigen Kreisverkehren mind. 20 % der Gesamtbelastung des zuführenden Verkehrs betragen). Zudem läge keine Unfallhäufigkeit vor (Auswertung nach fünfjähriger Unfalluntersuchung).

Die **CDU-Fraktion** bedauert die pauschale Ablehnung und betont, dass es in den vergangenen Jahren bereits drei Verkehrstote gab. Sie fragt an, zur nächsten Bauausschusssitzung Vertreter des Landesbetriebes einzuladen, um hierüber erneut zu beraten. Bereits in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 10.06.2015 wurde hierüber beraten und vorgeschlagen, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW die vorgeschlagene Kreisverkehrslösung unter Berücksichtigung der Verkehrsfährdung und Übernahme der Kosten zu erörtern.

Beschluss: -/-

10.4.: Fahrzeugkonzept der Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Kahmen erkundigt sich nach dem Fahrzeugkonzept der Gemeinde Südlohn und fragt nach, ob es dem Rat zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Verwaltung teilt mit, dass das Fahrzeugkonzept noch in Arbeit ist und dem Rat nach Fertigstellung vorgelegt wird.

Beschluss: -/-

10.5.: Fahrradweg entlang der B 70 Richtung Gabelpunkt im weiteren Verlauf Richtung Weseke

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Icking fragt nach dem Fahrradweg entlang der B 70 in Richtung Gabelpunkt im weiteren Verlauf Richtung Weseke.

Die Verwaltung teilt mit, dass noch Grundstücksverhandlungen mit einem Eigentümer auf Südlohner Gebiet ausstehen. Die Verwaltung wird danach Gespräche mit der Borkener Politik führen. Weiter teilt die Verwaltung mit, dass dieses Jahr die Vorbereitungen bis zum Radweg in Richtung Gabelpunkt laufen und nächsten Jahr mit dem Bau begonnen wird.

Beschluss: -/-

10.6.: Sammlung von Spenden des SC Südlohn für die Flüchtlingskinder

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der SC Südlohn hat für die Flüchtlingskinder eine Sammelaktion gestartet, die sehr gut angenommen wurde. **RM Herr van de Sand** fragt, ob es freie Räumlichkeiten bzw. Anlaufstellen für weitere Sammlungen gäbe.

Die Verwaltung sucht bereits nach geeigneten Räumen und wird sich darum kümmern.

Beschluss: -/-

Christian Vedder
Bürgermeister

Eva Mensing
Schriftführerin